

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die weltweiten Börsen konnten in den letzten Handelstagen kräftig an Boden gewinnen. Hoffnungen der Anleger, dass möglicherweise seitens der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) nicht so viele Zinserhöhungen anstehen, wie bis dato angenommen, ließen die Kurse steigen.

Hiervon konnten auch die Staatsanleihemärkte profitieren. Ausgeprägt war die Entwicklung vor allem in den europäischen Peripheriemärkten. Deutliche Renditeabschläge erfolgten in Italien und in Griechenland.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union
Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 30. November 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Internationale Aktienmärkte mit kräftiger Erholung
- Bayer baut Konzern um

Renten:

- Markt spekuliert auf US-Zinswende
- Euro-Staatsanleihen mit Zugewinnen

Ausblick:

- Zahlreiche US-Konjunkturdaten
- Industriedaten aus Deutschland
- G20-Gipfel beginnt

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 30.11.2018 ca. 16:00	seit 23.11.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	25.317	4,2%	2,4%
EURO STOXX 50	3.175	1,2%	-9,4%
Dax 30	11.266	0,7%	-12,8%
Nikkei 225	22.351	3,2%	-1,8%
MSCI Emerging Markets	55.006	2,5%	-9,6%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,31%	-3 BP	-12 BP
Iboxx Euro Sovereign	232,77	0,5%	0,0%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	95	2 BP	51 BP
US-Leitzins	2,25%	0 BP	75 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	3,01%	-3 BP	60 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,13	0,0%	-5,6%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	50,05	-0,7%	-17,2%

Aktien

Internationale Aktienmärkte mit kräftiger Erholung

Nach den Verlusten der vergangenen Wochen konnten die weltweiten Börsen in den letzten Handelstagen deutlich Boden gut machen, auch wenn die Liste der Belastungsfaktoren lang bleibt. Zu diesen zählen nach wie vor Konjunktursorgen, politische Brandherde wie der Brexit, Italien sowie der Handelsstreit. Neu hinzugekommen ist ein erneuter Konflikt zwischen Russland und der Ukraine nach einem Marinevorfall in den Gewässern der Krim.

Besonders am Mittwoch stiegen die Kurse an den US-Börsen kräftig an, der S&P 500-Index verzeichnete den größten prozentualen Tageszuwachs seit Ende März. Hintergrund war eine Aussage von US-Notenbankchef Powell, dass die aktuelle Leitzinsspanne „knapp unter“ dem geschätzt neutralen Niveau liege, mit dem die Wirtschaft weder gefördert noch gebremst werde. Die Aussage legte den Schluss nahe, dass möglicherweise nicht mehr so viele Zinserhöhungen kommen, wie von der Fed bislang suggeriert. Und so löste die Rede entsprechende Kursreaktionen aus: An der Wall Street stiegen die Aktienkurse kräftig an, während der US-Dollar deutlich unter Druck geriet. Spannung verspricht das G20-Treffen am Wochenende mit der Begegnung zwischen US-Präsident Trump und Chinas Staatspräsident Xi Jinping. Es ist hier weiter unklar, inwiefern Trump eine Lösung im Handelsstreit anstrebt und ob eine Annäherung der beiden Wirtschaftsmächte erfolgt.

Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte per Freitagmittag auf Basis des MSCI World-Index einen Zuwachs von 3,0 Prozent. Der US-Index S&P 500 gewann 3,3 Prozent an Wert, der US-Technologieindex Nasdaq sogar 4,8 Prozent. Die europäischen Märkte vollzogen die Aufwärtsbewegung nur bedingt nach: Der Euro STOXX 50-Index handelte 0,8 Prozent, der deutsche DAX-Index 0,2 Prozent höher.

Konjunkturseitig gab es aus Deutschland neue wichtige Daten, dabei hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft im November weiter eingetrübt. Das Ifo-Geschäftsklima ist um 0,9 Punkte auf 102,0 Zähler gefallen. Analysten waren im Schnitt von einem geringeren Rückgang auf 102,3 Punkte ausgegangen. Das wichtigste deutsche Konjunkturbarometer ist damit den dritten Monat in Folge gesunken. Dies gilt unter Ökonomen als Hinweis auf eine konjunkturelle Wende. Der Ifo-Geschäftsklimaindex gilt als wichtigster Frühindikator der deutschen Wirtschaft.

Bayer baut Konzern um

Der deutsche Pharma- und Chemieriese Bayer vollzieht einen weitreichenden Konzernumbau und will dabei bis zum Jahr 2021 etwa zehn Prozent der Stellen im Unternehmen streichen. Dies entspricht 12.000 Stellen. Ein erheblicher Anteil der Arbeitsplätze soll dabei in Deutschland entfallen, betriebsbedingte Kündigungen wird es aber an den innerdeutschen Standorten bis zum Jahr 2025 nicht geben. Neben dem Stellenabbau hat Bayer weitere Schritte für eine Neuordnung angekündigt. So will sich das Unternehmen von dem Geschäft mit Tierarzneimitteln trennen. Ein Verkauf könnte Bayer nach Schätzungen aus Finanzkreisen fünf bis sieben Milliarden Euro Einnahmen bringen. Zudem stellt die schwächelnde Sparte Consumer Health die beiden größeren Produktgruppen Claritin und Dr. Scholl's zum Verkauf.

Die Dimension des Konzernumbaus zeigt, dass Bayer sich insgesamt bilanziell wie operativ für härtere Zeiten rüstet und dafür Kraft gewinnen will. Ab dem Jahr 2022 sollen 2,6 Milliarden Euro jährlich eingespart werden, wenngleich die erwarteten einmaligen Aufwendungen zunächst etwa 4,4 Milliarden Euro betragen. Mit den beschlossenen Maßnahmen sendet Bayer auch ein Signal an die Investoren, die in letzter Zeit Aktien des Konzerns im Zuge der Prozesse um den umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat der Tochter Monsanto verkauft hatten. Nach ersten positiven Reaktionen drehte die Aktie von Bayer nach der Nachricht ins Minus, laut Händlern enttäuschte die Gewinnprognose für das Jahr 2019.

Renten

Markt spekuliert auf US-Zinswende

Zur Mitte der Berichtswoche sorgte US-Notenbankchef Jerome Powell in einer Rede vor dem New Yorker Economic Club für Aufregung in der Finanzgemeinde. Powell hatte erklärt, dass der US-Leitzins inzwischen nur noch etwas unterhalb des von der Fed angesehenen neutralen Zinsniveaus liege. Dies ließ Vermutungen aufkommen, dass die Fed die derzeit bei 2,0 bis 2,25 Prozent liegende US-Leitzins (Fed Funds Rate) künftig weniger stark als bislang eingeschätzt anheben könnte oder gar vor einer Zinserhöhungspause stehe. Die Erwartungen liegen bzw. lagen bislang bei drei bis vier Leitzinsanhebungen im kommenden Jahr. Eine zusätzliche Erhöhung auf der kommenden Dezember-Sitzung gilt zudem am Markt als ausgemacht. Die Aussage Powells wurde von vielen Marktteilnehmern scheinbar als Kehrtwende in der US-Zinspolitik interpretiert.

Neben der deutlich aufwärtsgerichteten Reaktion an den Aktienmärkten konnten auch US-Rentenpapiere etwas von der veränderten Erwartungshaltung profitieren. Die Rendite zehnjähriger US-Treasuries fiel zwischenzeitlich - erstmals seit vielen Wochen - knapp unter die Drei-Prozentmarke. Auf der US-Zinskurve wiesen die mittleren Laufzeiten zwischen fünf und zehn Jahren Renditerückgänge um drei bis vier Basispunkte auf. Die richtungsweisenden Zehnjahrespapiere lagen am Freitagmittag aber wieder bei 3,01 Prozent.

Der Erwartung einer Zinswende durch die Fed dürften einige Punkte entgegenzuhalten sein. Powell hatte sich in jüngster Vergangenheit sehr positiv zum Verlauf der US-Konjunktur geäußert. Anfang Oktober galt der US-Leitzins noch weit entfernt vom „neutralen“ Zins. Allerdings sind in der US-Wirtschaft, beispielsweise im Bausektor, mittlerweile Eintrübungen zu beobachten. Die nun getätigten Aussagen dürfen eher als Korrektur der bislang sehr positiven Einschätzung anzusehen sein. Die Fed sollte hinsichtlich ihrer Zinspolitik vorerst eher auf „Autopilot“ bleiben und den Zins weiter

graduell erhöhen. Dies wird in starker Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Datenkranz, bei dem der US-Arbeitsmarkt und die Lohnentwicklung (neue Daten hierzu in der kommenden Handelswoche) von zentraler Bedeutung sind, erfolgen. Eine weitere Rolle spielt zudem die Entwicklung der US-Zinsstrukturkurve. Die US-Geldpolitik dürfte künftig vielleicht etwas flexibler in ihrer Ausgestaltung geworden sein. Eine Zinspause ist aber aus heutiger Sicht keine ausgemachte Sache.

Euro-Staatsanleihen mit Zugewinnen

Bei den europäischen Staatsanleihen setzte sich in der Berichtswoche eine freundliche Stimmung durch. Etwas schwächere Fundamentaldaten (ifo-Geschäftsklimaindex, Economic Sentiment Indicator der EU-Kommission) und auch eine gegenüber Oktober zuletzt etwas geringere Inflation in Deutschland (plus 2,3 Prozent) unterstützen die Kernmärkte. Zehnjährige Bundesanleihen rentierten mit 31 Basispunkten um drei Renditestellen tiefer.

Am italienischen Markt setzte sich der Renditerückgang fort. Auf der dortigen Zinskurve fielen die Renditen über alle Laufzeiten um bis zu 15 Basispunkte. Der Zehnjahresbereich stand per Freitagmittag bei rund 3,2 Prozent Rendite. Die - zumindest kurzfristige - Entspannung im Budgetstreit mit der EU-Kommission stützte ebenso wie die letzten Anleiheauktionen Italiens, die ganz ordentlich aufgenommen wurden. Der Lackmustest steht aber im Januar an, wenn die Refinanzierungsrunde dann wieder von neuem beginnt. Deutliche Renditerückgänge gab es auch in Griechenland, das eine Neuemission staatlicher Papiere absagte. Die Verzinsung bereits gehandelter Zehnjahrespapiere gab um fast 30 Basispunkte auf 4,24 Prozent nach.

In den Schwellenländern traten die Risikoprämien von in US-Dollar und Euro gehandelten Staatspapieren vor dem Hintergrund der Powell-Rede bei rund 390 Basispunkten auf der Stelle. Am Unternehmensanleihemarkt nutzten die Firmen noch kurz vor Jahresende die Gelegenheit, zahlreiche Papiere zu platzieren. Die Nachfrage, gerade bei längeren Laufzeiten, war angesichts attraktiver Neuemissionsprämien zumeist sehr gut.

Ausblick

Zahlreiche volkswirtschaftliche Daten aus den USA prägen die Nachrichtenlage in der kommenden Handelswoche. Bleibt die US-Wirtschaft auf Wachstumskurs? Zuletzt gab es in der Baubranche und bei den Investitionen schwächere Daten, die bei dem einen oder anderen Marktteilnehmer Unsicherheit aufkommen ließen. Der Pkw-Absatz, der ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe und die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft (non farm payrolls) zählen in der neuen Woche zu den Daten mit größerer Marktrelevanz. Mit Blick auf den US-Arbeitsmarkt rechnen die über die Agentur Bloomberg befragten Volkswirte für November mit einem Zuwachs von 205.000 Stellen. Damit würde der US-Arbeitsmarkt auf einem stabilen Niveau verharren, was auch die Arbeitslosenquote, mit erwarteten 3,7 Prozent weiter auf sehr niedrigem Niveau, betreffen würde. Beachtung finden auch die durchschnittlichen Stundenlöhne. Mit einem geschätzten Zuwachs von 0,3 Prozent im November gegenüber dem Vormonat würde die Jahresrate über die Drei-Prozentmarke steigen. Auch die US-Notenbank Fed dürfte hier vor dem Hintergrund ihrer Zinspolitik etwas genauer hinschauen.

Die deutsche Industrie steht am Donnerstag und Freitag mit Auftragseingang und Produktion im Vordergrund. Zuletzt schwächelte der Automobilsektor aufgrund eines neuen Emissionsverfahrens. Zuwächse dürften erst wieder in den kommenden Monaten erfolgen. Die Einschätzung sieht dem Konsens zufolge derzeit leicht rückläufige beziehungsweise stagnierende Daten.

Welche Impulse der G20-Gipfel am Wochenende bringen wird, bleibt abzuwarten. Im Mittelpunkt steht das Treffen von US-Präsident Donald Trump und chinesischen Staatschef Xi Jinping. Übereinkünfte vor dem Hintergrund des derzeitigen Handelsstreits dürften dem Markt deutliche Impulse verleihen.

Termine

Montag, 03.12.18	EWU/GBR: Einkaufsmanagerindex, verarbeitendes Gewerbe (Nov.) USA: ISM-Index und Pkw-Absatz (beide Nov.)
Dienstag, 04.12.18	Zinsentscheidung der australischen Zentralbank
Mittwoch, 05.12.18	EWU: Einkaufsmanagerindex, Dienstleistungssektor, endgültig (Nov.) GBR: Einkaufsmanagerindex, Dienstleistungssektor (Nov.) USA: ADP-Beschäftigungsumfrage (Nov.); ISM-Index außerhalb des verarbeitenden Gewerbes (Nov.); Die Fed veröffentlicht ihr Beige Book Zinsentscheidung der Bank von Canada
Donnerstag, 06.12.18	DEU: Auftragseingänge in der Industrie (Okt.) USA: Handelsbilanzsaldo; Auftragseingänge in der Industrie (beide Okt.)
Freitag, 07.12.18	DEU: Industrieproduktion (Okt.) EWU: Detailergebnisse zum BIP im 3. Quartal USA: Neu geschaffene Stellen außerhalb der Landwirtschaft; Arbeitslosenquote; durchschnittlicher Stundenlohn (alle Nov.); Verbrauchervertrauen (Universität of Michigan, Dez)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
30. November 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt